

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbildern und in allen Staaten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Zeitungspreis monatlich, drei Bände 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-U. Osterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeige anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Osterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Zeitungspreises

5 Jahrgang

Dresden, Montag den 7. Januar 1929

Nummer 5

## Geheime Kriegskonferenz in Warschau

Französische Waffen gegen die Sowjetunion

Die bürgerliche Ostprek-Agentur meldet aus Prag:  
Im Zusammenhang mit dem sowjetrussischen Vorkriegsplan an Polen gewinnen gewisse Informationen, die hier an besonderer Stelle eingetroffen sind und ganz neue Details über Rüstungsmaßnahmen und mehr oder weniger geheime militärische Unternehmungen in Polen und Rumänien enthalten, ein erhöhtes Interesse.

Nach diesen Informationen sind in den letzten Wochen wiederum mehrere große französische Waffen- und Munitionstransporte für Polen in Danzig eingetroffen. Der erste Transport dieser Art sei in Danzig am 21. Dezember von den Polen abgenommen worden. Die Waffen und die Munition seien nach Stanislaw und Tarnopol in Ostgalizien, d. h. an die sowjetrussische Grenze, dirigiert worden.

Nach Warschau sei jedoch eine polnische technische Kommission zurückgekehrt, die in Bukarest mit Rumänen einen Vertrag über Kriegsmateriallieferungen der polnischen Etappenwerke an die rumänische Armee abschloß. Wesentliche Verhandlungen seien zwischen Rumänen und den tschechischen Etappenwerken im Gange, und zwar sei der stellvertretende Chef des rumänischen Generalstabes, General Gorki, zu diesem Zweck persönlich in der Tschechoslowakei gewesen.

Eine rumänische Militärkommission, an deren Spitze der Militärattaché in Paris, Raha, gestanden hat, habe in der zweiten Dezemberhälfte in Paris über den Verkauf von Kriegswaffen und Maschinen geworben für die rumänische Armee verhandelt. Diese Verhandlungen hätten zum Abschluß eines Lieferungsvertrages geführt und die Kommission habe eines ihrer Mitglieder zur Abnahme des Kriegsmaterials, das mit rumänischen Schiffen nach Konstantinopel befördert werden soll, in Frankreich zurückgelassen.

Mit derselben Bestimmtheit wird hier behauptet, daß auch die Aktivität der ukrainischen weingardistischen Emigranten in Polen erneut stark zugenommen hat. Mitte Januar findet in Warschau ein Kongreß der Weingard-Organisationen ganz Europas statt, mit dem, wie versichert wird, eine Geheimtagung parallel gehen soll. Zwischen gewissen polnischen und französischen Militärkreisen fanden gegenwärtig Verhandlungen über die Verwendung der ukrainischen sowjetfeindlichen Emigranten gegen Rußland statt. Es sei immerhin bezeichnend, daß auch der polnische Außenminister Jarecki vor kurzem den ehemaligen Außenminister der „Ukrainischen Volksrepublik“, Alexander Schulgin, empfangen hat.

Den erwähnten polnischen Militärkreisen soll der Plan vorliegen mit Hilfe der ukrainischen Emigranten Unruhen in der Sowjetunion zu herbeizuführen, in welchem Falle sie ein „Mandat“ seitens der Weltmächte „zur Befreiung der Sowjetunion“ zu erhalten hoffen.

Es würden bereits jetzt aus ukrainischen Emigranten Truppenenteile formiert, und zwar in Kielce, Nowe Miasto und Tarnopol (Ostgalizien). Einer der prominentesten Leiter dieser ukrainischen Formationen sei der ehemalige Offizier der zarischen Armee Sologub. Hinter diesen ukrainischen Formationen ständen vor allem die polnischen Legionäreverbände, vertreten durch Major Pitak. Auch der polnische Korpsgeneral Solntowski soll in diesem Zusammenhang eine aktive Tätigkeit entfalten.

Die obige Meldung, deren Zuverlässigkeit angesichts der gemäß unvorurteillichen bürgerlichen Quelle absolut unbestreitbar ist, entzündet vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt die in unmittelbarer Nähe lauende, ungeheure Gefahr, die der Sowjetunion und dem Frieden droht.

In einem Augenblick, wo die Sowjetunion dem faschistischen Polen ein Friedensangebot macht, kommen Tatsachen an den Tag, die mit alarmierender Deutlichkeit zeigen, wie die Imperialisten mit fieberhafter Eile, unter Ausbeutung aller Kräfte, nicht nur ihrer diplomatischen Ränke, sondern auch ihre finanziellen und technischen Möglichkeiten, den Krieg gegen die Sowjetunion vorbereiten.

Beweist schon die schroffe Ablehnung des Friedensvorschlages der Sowjetunion durch die polnische und französische Regierungen, daß die Imperialisten den Krieg wollen. So zeigen die obigen Nachrichten ebenso unüberdeutlich, wie der Krieg konkret, durch Waffen- und Munitionstransporte an der sowjetrussischen Grenze, durch Kriegsbündnisse und Beratungen über die strategischen Aufmarschpläne vorbereitet wird.

Die Sowjetunion soll das Einfallstor bilden für die polnisch-rumänischen Soldatenheere, die mit französischen Waffen und französischer Munition unter der Regie der Entente den Krieg gegen die Sowjetunion eröffnen werden.

Die Dokumente der ukrainischen Weingardisten, die wir vor kurzem zu veröffentlichen in der Lage waren, gaben bereits einen klaren Einblick in die dunklen Machenschaften der von der Entente geführten europäischen Konterrevolution. Die Mitteilungen der bürgerlichen Ostprek-Agentur, die wir heute unseren Lesern zur Kenntnis bringen, bestätigen nicht nur reißend

den Inhalt dieser Dokumente. Sie entlarven vollends die führende Rolle der Ententeimperialisten und zeigen, in welcher heimlicher Nähe der Krieg droht.

Die Kriegsmaterialtransporte nach der sowjetrussischen Grenze bedeuten den Beginn der Mobilisierung zum Krieg. Wie die Geschichte aller bisherigen Kriege beweist, ist ein Vorwand zum Losbrechen sehr leicht gefunden. Bei der verstärkten konterrevolutionären Aktion der ukrainischen Weingardisten ist ein solcher Vorwand jeden Tag zu liefern. Von der Mobilisierung bis zum Kriegsausbruch ist nur ein Schritt!  
In diesem Augenblick, wo die Mündungen der Geschütze und Gewehre aus französischen Arsenalen und Fabriken bereits direkt auf die Sowjetunion gerichtet sind, und nur auf den Mo-

ment lauern, wo sie abgefeuert werden, muß jeder Arbeiter erkennen, daß der Krieg gegen die Sowjetunion keine Zukunftsmusik ist, kein leeres Gerede, sondern eine harte, greifbare Wirklichkeit, eine Gefahr, die unabwendbar ist und mit jedem Tage ihrer Verwirklichung näherückt.

Darum genügt es heute nicht mehr, den Willen zur Verteidigung der Sowjetunion, zum Kampf gegen die Kriegsgefahr kundzutun. Es gilt jetzt, in Massen aufzumarschieren gegen die Kriegsverbrecher und durch die Tat zu beweisen, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt entschlossen ist, den Angriffskrieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion mit dem Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Agenten zu beantworten!

## Faschistischer Staatsstreich in Jugoslawien

Diktatur des Königs / Militärkabinett / Auflösung aller Oppositionsparteien

Belgrad, 7. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Staatsstreich in Jugoslawien, die seit dem Attentat auf den kroatischen Bauernführer Raditch immer größeren Umfang angenommen hatte, ist, nachdem alle Versuche einer demokratischen Lösung gescheitert sind, durch den König Alexander durch einen Staatsstreich beendet worden.

Der König hat ein Militärkabinett berufen und in einer Proklamation an das Volk erklärt, daß er selbst die volle Staatsmacht übernehme. Das Belgrader Amtsblatt veröffentlicht den Text eines Gesetzes über die Befugnisse des Königs. Nach dem Gesetz, das aus 21 Artikeln besteht, wird dem König die gesamte Exekutivgewalt übertragen. Das Parlament wird aufgelöst. Alle Bezirke- und Distriktsversammlungen und Ausschüsse sowie alle Gemeinderäte sind ihres Amtes enthoben. Eine weitere Veröffentlichung hebt die Pressefreiheit auf und schließlich verfügt ein drittes Dekret die Auflösung aller Parteien, die auf religiöser oder nationaler Grundlage gebildet wurden. Das betrifft vor allem die Partei der Muselmänner in Bosnien und Herzegowina, aber auch die kroatische Bauernpartei, nach-

dem die kommunistische Partei bereits seit langem unter Ausnahmezustand steht. Alle öffentlichen Kundgebungen und politischen Versammlungen sind verboten, ebenso jede Kritik des neuen Zustandes in der Presse. Die Zensur geht auf die Posten über. Das Belgrader Parlamentsgebäude ist seit Sonntag mittag geschlossen. Das neue Militärkabinett hat bereits am Sonntag vormittag 11 Uhr den Eid geleistet. An der Spitze des Kabinetts steht General Jinkomitsch, der Kommandeur der Garde. Das Kabinett ist nur dem König persönlich verantwortlich.

Damit ist in Jugoslawien die offene Militärdiktatur proklamiert. Die französische und die reaktionäre jugoslawische Presse begrüßt den Umsturz. Diese Militärdiktatur muß den Brandherd auf dem Balkan vergrößern, sie bedeutet einen ungeheuren Unterdrückungsfeldzug gegen die werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen, gegen die nationalen Minderheiten. Die Kriegsgefahr auf dem Balkan wächst. Die Militärdiktatur in Jugoslawien ist ein weiterer Brückenpfeiler der Antisowjetfront der Imperialisten.

## Streikausbruch in der Textilindustrie

Die Belegschaft der Firma Friedheim in Chemnitz ist am Sonntagabend dem 5. Januar 1929 geschlossen um höheren Lohn in den Streik getreten.

Die reaktionäre Firma hat sich geweigert, den Zeitlohnarbeitern, die vor der Fällung des Hungerstreiks bereits höheren Lohn hatten, die durch den Streik bedingte fünfprozentige Lohnerhöhung zur Auszahlung zu bringen.

Die Firma hat jede Lohnerhöhung der Arbeiter abgelehnt. Die Belegschaft hat auf die streche Provokation des Unternehmers mit Streik geantwortet. Ein Bruch der Belegschaft der Firma Friedheim! Textilarbeiter und -arbeiterinnen! Eure Löhne sind Hungerlöhne. Eure Löhne sind zum Teil schlechter als die Wohlfahrtsunterstützung der erwerbslosen Textilarbeiter. Hinweg mit dem Schandstreik! Wählt in allen Betrieben Betriebskampfvereine! Nehmen die Unternehmer eure Forderungen ab, dann treten sofort für die Forderungen der Opposition in den Kampf! Hebt Solidarität mit den streikenden Arbeitern der Firma Friedheim! Heraus zum Kampf!

Wie uns aus dem Chemnitzer Bezirk berichtet wird, herrscht in den Betrieben der Textilindustrie lebhafteste Erbitterung unter den Arbeitern und Arbeiterinnen. In den meisten Betrieben haben die Arbeiter es bisher verstanden, über die geltenden tariflichen Lohnsätze hinaus weitere Zugeständnisse von den Unternehmern zu erzwingen. Nach der Verbindlichkeitsklärung des Streikschlichters, der nur eine fünfprozentige Lohnerhöhung vorzieht, weigern sich jetzt die Unternehmer, die bisher über tariflich gezahlten Beträge fortzuführen, so daß die Durchführung des Streikschlichters für die Textilarbeiter praktisch keine Lohnerhöhung, sondern im Gegenteil, in einigen Fällen Lohnabbau bedeutet. Das ist auch die Ursache, warum die Belegschaft der Firma Friedheim in Chemnitz den Kampf bereits aufgenommen hat.

Es ist damit zu rechnen, daß mit der Durchführung des Streikschlichters auch in den ostfälischen Betrieben die Arbeiterklasse rebellisch wird. Die erste Lohnzahlung nach der

Durchführung des Streikschlichters wird ohne Zweifel auch den ostfälischen Textilarbeitern die Erkenntnis der Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes um die Durchsetzung ihrer Forderungen beibringen. Ihre Aufgabe ist es jetzt, sich mit der Chemnitzer Kollegenschaft solidarisch zu erklären und die breite geschlossene Kampffront gegen die Textilindustriellen herzustellen.

## Heute Beerdigung der Todesopfer von Berlin-D.

Jörgel verbietet die Teilnahme an der Beerdigung

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der in der vergangenen Woche bei den Vorgängen in der Breslauer Straße ums Leben gekommene Maurer Paul Merbig soll heute auf dem Friedhofsfelder Friedhof beerdigt werden. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgel hat den Maurern und Zimmerern die bei ihnen übliche Beerdigungsteilnahme verboten. Er droht, im Falle daß die Kameraden hinter dem Leichnam her gehen würden, den Zug auseinanderzusprengen. Aus allen Städten Deutschlands sind Kranzdeputationen erschienen, die die alten Zunftfahnen mitbringen. Im besetzten Gebiet und sogar unter dem Belagerungszustand haben die Kameraden einen Leichenzug begleiten können, aber wo die Polizei unter sozialdemokratischer Leitung steht, ist es verboten. Dabei ist Merbig Mitglied der SPD, des Baugewerksbundes und des Arbeiter-Radsportbundes Solidarität.

## Rebellion der Forderarbeiter

Waffentransporte gegen streikende Gummlarbeiter

Neuport, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Auf den brasilianischen Gummlplantagen des Autofabrikanten Henri Ford haben sich erste Zwischenfälle ereignet. Es handelt sich um die Gebiete, die Ford von der brasilianischen Regierung gepachtet hatte, um sich von dem britischen Kautschukmonopol unabhängig zu machen und die gleichsam einen autonomen Staat bilden, in dem Ford die Polizeigewalt ausübt.

Nach Meldungen aus Rio de Janeiro haben jetzt die Ford-Arbeiter wegen schlechter Bezahlung die Arbeit niedergelegt und teilweise die Plantagen bereits verlassen. Es kam zu Unruhen, denen sich die Ford-Polizei nicht gewachsen zeigte. Waffen- und Munitionstransporte sind nach dem Streikgebiet abgegangen, um die Ordnung wiederherzustellen.

## Gemeindevahlen am 17. November!

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten melden, ist der Termin für die Gemeindevahlen in Sachsen auf den 17. November 1929 festgelegt worden.